

## Überregionaler Pressespiegel 11.01.2012

Neues Deutschland | 11.01.2012 | Hendrik Lasch

### Auch 2012: Dresden nazifrei!

Bündnis erneuert Blockadeaufruf für 18. Februar

Aller Repression der vergangenen Jahre zum Trotz: Das Bündnis »Nazifrei! - Dresden stellt sich quer« will am 18. Februar wieder den Naziaufmarsch blockieren.

Wegen Widerstands gegen den europaweit größten Naziaufmarsch, der regelmäßig Mitte Februar in Dresden stattfindet, sehen sich weiterhin zahlreiche Antifaschisten mit strafrechtlichen Maßnahmen konfrontiert. Nach Angaben des Bündnisses »Dresden nazifrei« sind derzeit 70 bis 80 Anklagen gegen Menschen anhängig, die sich 2011 an Blockaden beteiligten. Unlängst wurde das erste diesbezügliche Urteil gesprochen. Zudem gibt es drei Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs. Gegen einige Aktivisten des Bündnisses wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Zudem müssen sich vier Fraktionschefs der LINKEN als vermeintliche »Rädelsführer« der Blockaden 2010 verantworten.

Das Bündnis will sich davon aber nicht beeindruckt lassen und ruft für den 18. Februar 2012 wieder zum »kollektiven Regelübertritt«, wie Sprecher Stefan Thiele sagte. Zwar werde in Sachsen ein Klima geschürt, das »den Eindruck entstehen lässt, die Blockaden seien ein Verbrechen«. Thiele betonte aber, dass nur die Blockaden und nicht andere Protestformen dazu geführt hätten, dass der Zuspruch für den Naziaufmarsch schwindet. Deshalb erfahre das Bündnis wachsende Unterstützung. Den Aufruf 2012 tragen bisher 220 Organisationen und über 1500 Einzelunterzeichner mit. »Die Repressionsmaßnahmen greifen nicht«, sagte Thiele. Für den 18. Februar rechne man erneut mit »deutlich über 10 000 Teilnehmern« bei den Blockaden.

Derweil wird die CDU / FDP-Regierung in Sachsen aufgefordert, auf die Einstellung der Ermittlungsverfahren aus früheren Jahren hinzuwirken. »Die Fehler vergangener Jahre müssen korrigiert werden«, forderte André Hahn, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag. Anlass ist ein Aufruf von Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zur Teilnahme an Protesten gegen den Naziaufmarsch. Geplant ist eine Großdemonstration, die derzeit von einer »AG 13. Februar« vorbereitet wird. Hahn verlangt vor diesem Hintergrund auch einen anderen Umgang mit den aus der ganzen Republik anreisenden Teilnehmern dieser Proteste. Nötig sei »eine echte Willkommenskultur«. Nur dann sei Tillichs Aufforderung glaubwürdig.

In die juristische Auseinandersetzung um die Proteste gegen Nazis wollen viele Betroffenen sehr offensiv gehen. »Wir haben keine Angst vor einer öffentlichen Verhandlung«, sagte Hahn. Ähnlich äußerte sich der Jenaer Pfarrer Lothar König, bei dem sächsische Ermittler sogar zur Razzia angereist waren. Die Vorwürfe gegen ihn seien »hanebüchen«; es handle sich nicht um einen »juristischen Prozess, sondern eine politische Anklage«. Von »absurden Vorwürfen« spricht auch der Berliner VVN-BdA-Landesgeschäftsführer Markus Tervooren, der beschuldigt wird, Blockierer gelenkt zu haben - mit einer Fahne der NS-Opferorganisation.

Juristen erklären die Auseinandersetzung um die Blockaden in Dresden zum bundesweiten Exempel. Es handle sich um ein »Versuchslabor für das Vorgehen gegen soziale Bewegungen«, meint der Republikanische Anwälte- und Anwältinnenverein. In

einer Erklärung heißt es, die Dresdner Strafverfolger griffen »systematisch zu offensichtlich rechtswidrigen Maßnahmen«. Das dürfe »nicht Schule machen«.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/215330.auch-2012-dresden-nazifrei.html>

---

Freie Presse | 11.01.2012

### IG Metall ruft zum Protest gegen Neonazi-Aufmärsche auf

Am 13. und 18. Februar werden erneut große Demonstrationen von Rechtsextremen in Dresden erwartet

Dresden (dapd-lsc). Die Gewerkschaft IG Metall Dresden hat Betriebsräte und Geschäftsführungen zur Unterstützung des Protests gegen die geplanten Nazi-Aufmärsche im Februar in Dresden aufgerufen.

Es solle es eine gemeinsame Erklärung der Räte und Geschäftsleitungen geben, mit der die übrigen Beschäftigten zum Protest ermutigt werden sollten, teilte die IG Metall Dresden am Mittwoch mit. Erst wenn die Dresdner selbst zu Demonstrationen gegen Neonazis bereit seien, könnten andere um Unterstützung gebeten werden.

Am 13. und 18. Februar werden erneut große Neonazi-Aufmärsche von Rechtsextremen in Dresden erwartet. Mehr als 10.000 Menschen werden an jeweils beiden Tagen zu Gegendemonstrationen erwartet. Dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/IG-Metall-ruft-zum-Protest-gegen-Neonazi-Aufmaersche-auf-artikel7873348.php>

---

Neues Deutschland | 11.01.2012

### Bewegungsmelder

Internationale Konferenz zum Zivilen Ungehorsam

(nd). Aktionen des zivilen Ungehorsams haben weltweit Konjunktur. Zum Jahrestag der Tahrir-Platzbesetzung in Kairo und mit Blick auf die geplanten Blockaden des Nazi-Aufmarschs in Dresden wird Ende Januar ein internationaler Kongress in der sächsischen Landeshauptstadt stattfinden. Er will Aktivisten Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung bieten. Auf Podien, in Vorträgen, Workshops und World-Cafes soll es darum gehen, wie kollektive Regelübertritte bei Gipfelmobilisierungen, antirassistischen und antifaschistischen Aktionen, bei Umweltpolitik und sozialen Protesten als Aktionsform Anwendung finden. So werden ReferentInnen aus über zehn Ländern von ihren Erfahrungen bei der Parlamentsbesetzung von Wisconsin, den Protesten auf dem Tahrir-Platz, den Anti-Nazi-Protesten in Dresden oder von Occupy Wall Street berichten. Geplant sind zudem Diskussionen zu Geschichte, Theorie und Perspektiven Zivilen Ungehorsams. Auch die Gegenstrategien von Konservativen in Justiz und Politik, wie sie insbesondere in Bezug auf die Blockaden des Naziaufmarschs in Dresden zu beobachten sind, werden untersucht.

Der Kongress findet vom 27. bis 29. Januar in der Technischen Universität statt. Bei der Auftaktveranstaltung im Staatsschauspiel Dresden kommen internationale AktivistInnen aus Kairo, Chile und New York zu Wort.

[www.ungehorsam-kongress.de](http://www.ungehorsam-kongress.de)

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/215257.bewegungsmelder.html>

---

MDR aktuell | 11.01.2012 | 18:12 Uhr

### Koalition bringt neues Versammlungsgesetz auf den Weg

Die schwarz-gelbe Koalition hat ein neues Versammlungsgesetz für den Freistaat Sachsen beschlossen. Nun muss noch der Landtag darüber abstimmen. Die Opposition geht davon aus, dass das Gesetz noch vor dem geplanten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden in Kraft treten soll und damit auch Gegendemos eingeschränkt werden könnten. Die Grünen sehen dadurch das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Sachsen bedroht.

CDU und FDP haben am Mittwoch das neue Versammlungsgesetz für den Freistaat auf den Weg gebracht. Wie die Fraktionen mitteilten, wurde der Entwurf im Verfassungs- und Rechtsausschuss abschließend beraten und mit den Stimmen der Koalitionsabgeordneten beschlossen. Nun muss noch der Landtag darüber abstimmen. Der Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdi geht davon aus, dass das Gesetz noch vor dem Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden in Kraft gesetzt werden soll. Der Landtag trifft sich in der letzten Januarwoche zu Plenarberatungen, CDU und FDP könnten eine Beschlussfassung auf die Tagesordnung setzen.

### CDU-Innenexperte: Änderungen "notwendig und überfällig"

Der CDU-Innenexperte Volker Bandmann bezeichnete die geplanten Änderungen im Versammlungsgesetz als "notwendig und überfällig". "Insbesondere die Geschehnisse in Dresden machen deutlich, wie wichtig eine klare Rechtslage in diesem Bereich ist", sagte Bandmann. Mit dem neuen Gesetz würden künftig Demonstrationen an Orten von historisch herausragender Bedeutung, wie dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig oder der Frauenkirche mit dem Neumarkt in Dresden, in bestimmten Fällen verboten. Wer diese Orte für seine politischen Ziele oder gar für eine rassistische und menschenverachtende Propaganda missbrauche, müsse vom Gesetzgeber unbedingt daran gehindert werden, erklärte der CDU-Innenexperte. Die grundgesetzlich geschützte Demonstrationsfreiheit werde garantiert "und in keiner Weise angetastet".

Das bisher geltende Versammlungsgesetz war vom sächsischen Verfassungsgerichtshof im April 2011 verworfen worden. Im Gesetzgebungsverfahren seien gravierende Formfehler begangen worden, entschieden die Richter. So sei bei der Abstimmung den Abgeordneten das Gesetz, über das sie beschließen sollten, nicht im vollen Wortlaut vorgelegt worden. Über eine von der Landtagsopposition bemängelte Verfassungswidrigkeit des Gesetzes hatten die Richter nicht geurteilt.

### Opposition kritisiert auch neues Gesetz

Die Opposition im Landtag kritisierte auch den neuen Entwurf des Versammlungsgesetzes. Der innenpolitische Sprecher der Linken, Rico Gebhardt, sagte,

das Festhalten der Koalition an den "sächsischen Besonderheiten" wie der Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit an bestimmten Orten sei ein nicht hinnehmbarer Eingriff in Grundrechte. Dieser bliebe zudem in Dresden ohne positive Effekte. "So sollen am 13. und 14. Februar in der nördlichen Altstadt und der südlichen inneren Neustadt jegliche Demonstrationen untersagt werden können, was aber noch nicht den für dieses Jahr geplanten Nazi-Aufmarsch am 18. Februar verhindert", argumentierte Gebhardt.

Der Grünen-Abgeordnete Lichdi sagte, die Koalition versuche das Versammlungsgrundrecht "mit schwammigsten Gummiformeln" auszuhebeln. "So sollen künftig Einschränkungen des Versammlungsrechts unter dem Vorwand des Schutzes der Würde der Opfer eines Krieges oder der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft möglich sein", erklärte Lichdi. Was angeblich gegen Neonazidemos gerichtet sei, verhindere diese nicht, schwäche aber das Versammlungsrecht, argumentierte der Grünen-Politiker. Linke, SPD und Grüne hatten bereits angekündigt, auch das neue Gesetz vom Landesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

[http://www.mdr.de/nachrichten/versammlungsgesetz102\\_zc-e9a9d57e\\_zs-6c4417e7.html](http://www.mdr.de/nachrichten/versammlungsgesetz102_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html)

---

## Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 10.01.2012

Zeit online | 10.01.2012 | 17:15 Uhr | Jennifer Stange

### Neonazi-Gegner in Dresden fühlen sich kriminalisiert

Gegen viele, die sich in Sachsen Neonazis entgegen gestellt haben, laufen noch Ermittlungsverfahren. Trotzdem wollen sie auch kommende Aufmärsche blockieren.

Einen Monat bevor in Dresden wieder einer der größten Neonazi-Aufmärsche Europas durch die Innenstadt ziehen soll, ist die Botschaft von Stefan Thiele deutlich. Der Sprecher des bundesweiten Bündnisses "Nazifrei! Dresden stellt sich quer" kündigte am Dienstag in Dresden an: "Wir werden uns durch Repressionen nicht einschüchtern lassen und auch in diesem Jahr den Aufmarsch durch Blockaden verhindern."

Das ist dem Bündnis, das von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird, in den vergangenen zwei Jahren bereits gelungen. Was die Öffentlichkeit bundesweite als großen Erfolg der Zivilgesellschaft aufnahm, ist den sächsischen Sicherheitsbehörden offenbar nicht ganz geheuer. Insbesondere im vergangenen Jahr begleitete eine beispiellose Repressionswelle die Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch, die in der sogenannten Handydatenaffäre ihren vorläufigen Höhepunkt fand.

Laut Informationen des sächsischen Datenschutzbeauftragten wurden rund um den 19. Februar 2011 auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden mehrere Dutzend Funkzellen abgefragt und dabei mehr als eine Million Datensätze erhoben. Von mehr als 54.000 Mobilfunknutzern wurden die sogenannten Stammdaten (Name, Adresse) erhoben. Bis heute haben weder betroffene Protestteilnehmer oder Anwohner, noch Vertreter von rechtlich geschützten Berufen wie Anwälte oder Journalisten Auskunft über Verbleib und Verwendung dieser Daten erhalten. Obwohl der Datenschutzbeauftragte in einem Gutachten die flächendeckende Erfassung von Handydaten als unverhältnismäßig und somit rechtswidrig beurteilte, setzt das Landeskriminalamt die Auswertung und Erhebung weiterer Daten in diesem Zusammenhang fort. Das geht aus einer Antwort des Innenministers Markus Ulbig (CDU) auf Anfrage des grünen Landtagsabgeordneten Johannes Lichdi hervor.

Hunderte Ermittlungsverfahren dauern noch an

Darüber hinaus wurden mehrere Hundert Ermittlungsverfahren gegen Blockadeteilnehmer und Organisatoren der Proteste bekannt, die zum großen Teil ein Jahr später noch nicht abgeschlossen sind. Ende Dezember verurteilte das Amtsgericht Dresden einen 22 Jahre alten Studenten aus Dresden zu 300 Euro Geldstrafe.

Dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wird mittlerweile schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen, nachdem Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, die gewaltsam gegen Nazis vorgeht, eingestellt wurden. Und die Immunität von André Hahn, dem Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke im sächsischen Landtag, wurde aufgehoben – wegen mutmaßlicher Verstößen gegen das Versammlungsgesetz im Februar 2010. Für die Aufhebung der Immunität stimmten im Oktober vergangenen Jahres im sächsischen Landtag die Regierungsparteien CDU und FDP und die NPD.

"Wir lassen uns von diesen Ermittlungen nicht einschüchtern und mundtot machen", sagt Hahn. Nach seinen Angaben wird gegen ihn und zwei weitere Fraktionssprecher aus Hessen und Thüringen wegen der Teilnahme an den Protesten ermittelt. Gegen die Mitglieder anderer Parteien seien die Verfahren bereits eingestellt worden. Jugendpfarrer König spricht von einer "politischen Anklage". Nur in Sachsen würde eine Blockade als

"erhebliche Straftat" gewertet und ihre Teilnehmer würden kriminalisiert. "Es geht darum, wie wir regiert werden wollen und wie wir Demokratie interpretieren wollen." König warnt vor der bundesweiten Durchsetzung des "sächsischen Modells" im Umgang mit Neonazi-Gegnern.

Die Ermittlungen gegen die Beteiligten der Blockadeaktion sind ohnehin umstritten. Aus einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages geht hervor, dass die Verfahren möglicherweise rechtswidrig sind. Laut dem Gutachten besteht eine Strafbarkeitslücke, da das sächsische Versammlungsgesetz im April 2011 rückwirkend zum Januar 2011 gerichtlich gekippt wurde. Demzufolge wäre das sächsische Versammlungsgesetz, das für die Blockade einer genehmigten Demonstration eine Höchststrafe von zwei Jahren festlegt, gar nicht anwendbar.

Ermittlungen gegen Besucher des Pressebüros

Neben Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz läuft auch ein Verfahren gegen 20 weitere Beteiligte, die sich am 19. Februar im Pressebüro des Nazifrei-Bündnisses aufgehalten hatten, das die Polizei an dem Abend stürmte. Ihnen wird vorgeworfen, einen Angriff auf einen Bus von Neonazis koordiniert zu haben. Unter den Beschuldigten ist die Volontärin einer Zeitung, zwei über 60-jährige Mitglieder der Partei Die Linke, ein Franzose und der 25-jährige Student Alexander Wittig (Name von der Redaktion geändert) aus Berlin. Er habe bis dahin nie Kontakt zur Polizei gehabt und sei auch nicht vorbestraft, müsse aber nun davon ausgehen, dass seitdem sein Handy und seine Internetverbindung überwacht werden und dass er möglicherweise observiert wird, sagt Wittig. "Das zehrt einfach an den Nerven."

Selbst wenn die Betroffenen im Nachhinein vor Gericht frei gesprochen werden, ließen sich die komplette Ausleuchtung des Privatlebens und die damit verbundenen psychischen Belastungen nicht rückgängig machen, sagt die Anwältin Kristin Pietrzyk. Die Repressionen kämen "einer Strafe vor dem Schuldspruch" gleich.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-01/dresden-naziaufmarsch-blockade>

---

Leipziger Volkszeitung | 10.01.2012 | 20:11 Uhr | Stephan Lohse

Dresden-Nazifrei prangert „Modell Sachsen“ an - neue Proteste im Februar

Dresden. Rund einen Monat vor den erneuten Protesten gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch am 13. und 18. Februar hat das Aktionsbündnis Dresden-Nazifrei noch einmal Stellung gegen das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft bezogen. Es gebe „keine rechtsstaatlichen Grenzen“ bei der Verfolgung von Blockaden, stattdessen Repression und Kriminalisierung.

So gebe es bis jetzt 70 bis 80 Verfahren gegen Blockierer, drei wegen Landfriedensbruchs sowie mehrere wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, berichtet Anwältin Kristin Pietrzyk. Dabei sei die Arbeit der Angeklagten stark eingeschränkt. „Die Repression ist schon die Strafe“, sagte die Juristin und meint unter anderem die Anklage gegen Lothar König.

Der Jenaer Jugendpfarrer, gegen den wegen seiner Aktivitäten am 19. Februar 2011 ermittelt wird, fühle sich an das Vorgehen der Stasi erinnert. „Die Vorwürfe sind hanebüchen“, sagt König, der die Anklage gegen sich als politisch und nicht juristisch einschätzt. „Der Ausgang ist nicht ganz klar. Aber Sachsen traue ich alles zu.“ Sein Leben und seine Arbeit hätten sich verändert. Die „Lebenslust“ gehe irgendwann verloren,

fürchtet er.

König soll am 19. Februar in Dresden Gegendemonstranten gegen mehrere rechtsextreme Aufmärsche zu gewaltsamen Übergriffen auf Polizisten aufgewiegelt haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm deshalb schweren Landfriedensbruch vor. Dresden-Nazifrei allerdings beruft sich auf den eigenen „Aktionskonsens“, der friedliches und gewaltfreies Verhalten voraussetze. „Die wollen wir nicht“, sagte Nazifrei-Sprecher Stefan Thiele, als er auf Gewalttäter angesprochen wurde. Man habe keinerlei Interesse an Straßenschlachten. Es gehe ausschließlich um friedliche Blockaden.

Für den Februar rechnet er wie in den Vorjahren mit rund 15.000 Teilnehmern. Dabei werde sich der Zulauf aus ganz Deutschland auf den Samstag, also den 18. Februar, konzentrieren. Am 13. Februar selbst seien wieder die Dresdner aufgerufen, sich den Nazis in den Weg zu stellen. „Wir lassen uns nicht einschüchtern“, gibt sich Thiele kämpferisch.

Nachdem sich seit Februar 2011 der Geschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) unter anderem wegen seiner Fahne einer Anklage wegen vierfachen schweren Landfriedensbruches und versuchter Sprengung einer Versammlung ausgesetzt sieht, sollen in diesem Jahr möglichst viele Teilnehmer mit bunten Fahnen zu den Anti-Nazi-Demos kommen. Am 13. und 18. Februar heiße es in diesem Jahr deutlich: „Flagge zeigen gegen Rechts“.

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/dresden-nazifrei-grosses-echo-auf-blockadeaufruf-fuer-neonazi-demo/r-mitteldeutschland-a-120837.html>

---